

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telefax: 8 66 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Hermann Langbein zur
Wannseekonferenz vor
50 Jahren: Nicht nur
ein historisches Datum.
Seite 1

Magdalene Hoff MdEP
zu unverantwortlichen
Berichten über Hilfs-
maßnahmen; Was die
EG für die GUS-Staaten
unternimmt.
Seite 3

Dr. Edith Niehuis MdB
zur Notwendigkeit,
eine(n) Jugendbeauf-
tragte(n) zu wählen:
Kreativität in die Ju-
gendpolitik!
Seite 4

Reinhold Hiller MdB zu
den Bonner Darlegun-
gen über die Entwick-
lung in Schleswig-Hol-
stein und Mecklenburg-
Vorpommern: Ohne Vi-
sionen in der Ver-
kehrspolitik.
Seite 6

47. Jahrgang / 8

13. Januar 1992

Nicht nur ein historisches Datum Zur Wannseekonferenz vor 50 Jahren

Von Hermann Langbein
Sekretär des Internationalen Komitees der Lager-Überlebenden

Vor einem halben Jahrhundert tobte der Weltkrieg, den Hitler zielbe-
wußt vorbereitet und ausgelöst hatte. Nun gedenkt man - manchmal
pflichtbewußt, des öfteren freilich auch in der Absicht, Gedankdaten
dazu zu nützen, um sich mit zeitgeschichtlichen Problemen
auseinanderzusetzen - der Ereignisse, die vor 50 Jahren Europa so
gravierend betroffen hatten. Im Schatten des Krieges hat Hitler diejeni-
gen Maßnahmen durchführen lassen, die eine logische Folge der
"Rassen"-Ideologie waren, die nicht er begründete, die er jedoch über-
nommen, radikal weiterentwickelt und - das Böseste daran - konse-
quent in die Praxis umgesetzt hat. Am 20. Januar 1992 werden es 50
Jahre sein, daß in Wannsee bei Berlin eine Konferenz stattgefunden
hat, die der Realisierung der mörderischsten Maßnahmen zu dienen
hatte, des Holocaust, oder wie ihn die Nationalsozialisten in ihrem Bü-
rokratendeutsch nannten, der "Endlösung der Judenfrage".

Begrügt man sich am 20. Januar damit, an dieses Ereignis zu erinnern,
dann sollte vor allem mit dem Irrtum aufgeräumt werden, den man im-
mer noch bei der Erwähnung der Wannseekonferenz antrifft: Damals
wurde nicht die "Endlösung" beschlossen - die systematische Er-
mordung von Juden und Zigeunern hat bereits früher eingesetzt, auch
im ersten Vernichtungslager, in Kulmhof (Chelmno), hat die SS schon
Ende 1941 mit Massenvergasungen begonnen. In Wannsee wurde
darüber beraten, wie der gesamte Staatsapparat am zweckmäßigsten
einzusetzen ist, damit die "Endlösung" effektiv wird. Deshalb nahmen
auch Spitzenfunktionäre von vier Ministerien an der Konferenz teil.

Es soll auch mit der Legende gebrochen werden, die in einem sonst
recht eindrucksvoll gestalteten Fernsehfilm wiederholt wird: Daß zivile
Teilnehmer der Wannseekonferenz eigentlich Vorbehalte gehabt hät-
ten. Weder im Protokoll über diese Konferenz noch sonst in Dokumen-
ten sind Hinweise auf solche Zweifel oder Skrupel bekannt.

Schließlich wäre der Tag auch ein Anlaß dafür, eines Mannes zu ge-
denken, der sich mit aller Kraft dafür eingesetzt hatte, daß die Villa am
Wannsee, in der die Konferenz tagte, zur Gedenkstätte wird. Jetzt ist es
endlich soweit, aber Joseph Wulf scheiterte während langer Jahre mit
seinen Vorschlägen und Mahnungen. Er wählte, verzweifelt an der
Nicht-Erreichung seines Zieles, den Freitod.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlegerische Company
mit wasserfesten Kautschuk-
Reisepapier



Soll man sich mit einer historisierenden Betrachtung an diesem Jahrestag zufrieden geben? Ist die mörderische Ideologie, die Menschen-*'Rassen'* in von Natur her und daher unveränderlich *'höherwertige'* und *'minderwertige'* - und schließlich in *'lebensunwerte'* - einteilte, mit Hitlers Selbstmord verschwunden?

Antisemitismus ist offiziell nicht mehr salonfähig. Als jedoch vor nun bald sechs Jahren auch Hochgestellte nicht zu überhörende antisemitische Äußerungen in die politische Diskussion einflochten, war für viele das Tabu gebrochen. Und man hörte und las in Zeitungen, die auf Seriosität Wert legten, unmißverständliche antisemitische Bemerkungen. Erst kürzlich belegten Rundfragen, daß der Antisemitismus keineswegs überwunden ist. Wie heftig und ungehemmt die Ablehnung gegenüber Zigeunern ist, geht nicht nur aus derselben Rundfrage hervor; erschreckend kraß äußerte sie sich in Rumänien, in der Slowakei, in Deutschland; ebenso in Österreich.

Wer sich von der Vorstellung nicht trennen kann, er gehöre einer *'höherwertigen'*, edleren *'Rasse'* an, die von Nationalsozialisten ins Extreme gesteigert wurde, der sucht andere - eine *'Rasse'* -, auf die er herunterblicken kann. Schwächere, Wehrlose, Menschen mit anderer Sprache, fremdartigen Gebräuchen sollten den durch derlei Vorstellungen Korumpierten bestätigen, daß sie von Natur ausersehen wären, als *'Herrenmenschen'* zu leben. Die anderen, Fremden, hätten zu dienen.

Dieser Ungeist, der tiefe Wurzeln hat, der von den Nationalsozialisten wie eine Glaubenslehre gepredigt worden war, ist nicht verschwunden. Wie käme sonst jemand auf den Gedanken, jüdische Friedhöfe zu verwüsten, Zigeuner ohne jede Hemmung abzulohnen?

Und es bleibt keineswegs bei der Ablehnung derjenigen *'Rassen'*, die der Nationalsozialismus als seine Opfer ausersehen hatte, da er an alte Vorurteile anknüpfen konnte. Im Zug der Völkerwanderung, die Menschen heute auch zu uns führt, die unter Verhältnissen zu leben haben, die sich kraß von dem Wohlstand abheben, der sich in den europäischen Industriestaaten nicht zuletzt deswegen entfalten konnte, weil billige Arbeitskräfte importiert worden sind, im Zuge dieser Verschiebung kamen Menschen hierher, auf die man nun unschwer herabblicken kann: Man genießt es, sich als etwas Besseres fühlen zu können. Ihnen kann man die Schuld an allem zuweisen: Daß es zuwenige Wohnungen gibt, daß Arbeitslosigkeit herrscht, daß die Kriminalität zunimmt. Da nützen keine Statistiken, die andere Ursachen für solche Mißstände belegen: Sie sind schuld, so wie man früher sagte: *'Der Jud ist schuld!'* Wird dieser Ungeist systematisch geschürt, dann stimmen immer zahlreichere in den Chor ein, der ihrem Selbstwert-Gefühl schmeichelt. Dann wagen immer weniger, dem zu widersprechen, weil sie befürchten, keine Zustimmung, keine Wählerstimmen zu bekommen. Dann kann man sich einer Situation nähern, die vor einem halben Jahrhundert Widerstände gegen die propagandistisch exakt vorbereitete *'Endlösung der Judenfrage'* so sehr erschwerte.

Der 20. Januar 1992 soll nicht nur daran erinnern, wie vor 50 Jahren in Wannsee Hochgestellte darüber berieten, wie man am zweckmäßigsten vorzugehen habe. Zuerst sei der *'deutsche Lebensraum von Juden zu säubern'*, dann sollte *'im Zuge der praktischen Durchführung Europa von Westen nach Osten durchkämmt'* werden - die Statistiker des *'Dritten Reiches'* rechneten mit über elf Millionen Juden. Die werden *'entsprechend behandelt werden müssen'*, damit sie nicht *'Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus'* werden. Die Gaskammern der Vernichtungsstätten standen denen vor Augen, die in ihrer Bürokratsensprache den einzuschlagenden Weg berieten, bevor sie in Wannsee zur vorbereiteten Tafel gebeten wurden.

Der 20. Januar 1992 ruft ins Gedächtnis, daß die *'Endlösung'* das vorgesehene Ereignis einer systematischen Propaganda von *'Herrenmenschen'* und *'Untermenschen'*, schließlich als Konsequenz von nicht *'lebenswerten'* war. Er ruft ins Gedächtnis, daß der Nationalsozialismus im Unterschied zu allen anderen faschistischen System - die alle mörderisch waren - die *'Rassen'*-Ideologie zur alles beherrschenden machte. Mussolini, Franco, all die weiteren *'Führer'* faschistischer Regime folterten und mordeten ihre Gegner. Das taten auch die Nationalsozialisten. Aber die weitaus meisten seiner Opfer waren Menschen, deren einzige *'Schuld'* darin bestanden hat, daß sie als Juden oder Zigeuner auf die Welt gekommen waren.

Wannsee zeigt das unübersehbar drastisch. Es soll davor warnen, wohin der Weg führen kann, der Menschen aufgrund ihrer 'Rasse' in 'wertvollere' und 'wertlosere' einteilt. Der 20. Januar 1992 hat vor Augen zu führen, daß ein systematischer Aufbau von Feindbildern nicht diejenigen kraft- und mutlos machen darf, die Solidarität, Mitgefühl, Menschlichkeit als Werte und nicht als leere Phrasen anerkennen.

(-17. Januar 1992/rs/ks)

Was die EG für die GUS-Staaten unternimmt
Zu unverantwortlichen Berichten über Hilfsmaßnahmen:

Von Magdalene Hoff MdEP
Vorsitzende der UdSSR-Delegation des Europäischen Parlaments

In den vergangenen Tagen sind teilweise unverantwortliche und unzutreffende Berichte über die Hilfe der EG für die Staaten der GUS in Umlauf gesetzt worden. Ich möchte im folgenden den tatsächlichen Sachverhalt aufzeigen.

Das von der EG vorgesehene und zum Teil bereits verwirklichte Paket von Hilfsmaßnahmen für die Menschen in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, setzt sich aus vier Teilen zusammen:

1. Soforthilfe für Nahrungsmittel in Höhe von über 500 Millionen DM (250 Mio ECU). Sie ist bereits im Juni 1991 angelaufen. Der überwiegende Teil (etwa 80) Prozent der Lebensmittel wurden und werden vor allem vor Nichtregierungsorganisationen verteilt. Die besonders dringend benötigten und bereitgestellten Nahrungsmittel wie Milchpulver und Babynahrung sind bereits im August vollständig ausgeliefert worden. Freilich ist weiterer Bedarf unübersahbar.
2. Kreditgarantien in Höhe von über einer Milliarde DM (500 Mio ECU) für den Import von Lebensmitteln und anderen landwirtschaftlichen Produkten aus der EG und den mitteleuropäischen Nachbarstaaten der ehemaligen UdSSR.
3. Zur technischen Hilfe ein Programm von über 800 Millionen DM (400 Mio ECU). Das Programm wurde bereits am 2. August unterzeichnet. Unverständlich und unentschuldig ist, daß es bisher nicht umgesetzt wurde.
4. Über 2,5 Milliarden DM (1,25 Milliarden ECU) für Nahrungs- und Arzneimittel, von denen 50 Prozent als sogenannte Dreiecksgeschäfte zwar von der EG finanziert, aber aus ost- bzw. mitteleuropäischen Beständen geliefert werden.

Schon jetzt zeichnet sich freilich ab, daß diese Hilfe weder von der Art noch vom Umfang her ausreicht, den tatsächlichen Bedarf zu decken. Ich habe mich sowohl in Moskau wie St. Petersburg davon überzeugen können, daß die Nichtregierungsorganisationen die Verteilung der EG-Hilfsgüter weitestgehend zufriedenstellend abwickeln.

Bei der Nahrungsmittelhilfe ist jedoch auch anzumerken, daß reine Spendenaktionen nur in wirklich extremen Notfällen zu empfehlen sind. Wichtiger ist, sie mit Maßnahmen zu koppeln, die sicherstellen, daß künftig ein Mangel weitgehend ausgeschlossen werden kann. Das heißt: Für Produktion, Weiterverarbeitung sowie Vermarktung müssen neue Strukturen entwickelt werden. Dazu ist es sinnvoll, einen Teil der Spenden im Lande an zahlungsfähige Personenkreise zu verkaufen und mit dem Erlös entsprechende Programme mitzufinanzieren. Diese Pläne werden allerdings dadurch erschwert, daß es in den GUS-Staaten kaum Männer und Frauen gibt, die eine solche Managementaufgabe erfüllen können. Also auch hier ist entsprechende Förderung unabweisbar.

Die Gemeinschaft ist jedoch ebenso wie einzelne EG-Staaten überfordert, die notwendige Hilfe für die Menschen in der ehemaligen UdSSR sowie die Demokratisierung und beim Aufbau und Umstrukturierung der Wirtschaft zu leisten. Deshalb hat sie für einen Teil der Programme festgelegt, daß sie nur erfolgen, wenn sich auch die Japaner und die USA daran beteiligen. Letztlich ist dies durch die Festlegung der G 24 im vergangenen Jahr erfolgt. Doch es ergibt sich ein weiteres Problem: Das sind die

unterschiedlichen Konzepte von USA und EG für die Hilfsmaßnahmen. Während die EG mit ihrer Hilfe den Demokratisierungsprozeß fördern und begleiten will, empfehlen die USA, die Hilfe von einer zuvor erfolgten Demokratisierung abhängig machen. Ich unterstütze mit Nachdruck die Haltung der EG.

Jetzt müssen wir alle Maßnahmen vorantreiben, die den Aufbau einer funktionierenden und sozial abgesicherten Wirtschaft erlauben. Sie ist die Voraussetzung für die Festigung der demokratischen Strukturen. Die von der EG dafür bisher bereitgestellten 400 Millionen ECU reichen für einen erfolgversprechenden Einsatz freilich wiederum nicht aus. Zu fragen ist auch nach einer Konzeption der EG. Die Verantwortlichen behaupten, nach der Auflösung der Sowjetunion gebe es für sie keine kompetenten Verhandlungspartner. Dem ist entgegenzuhalten, daß an die Stelle der alten Strukturen natürlich neue getreten sind, die man nicht ignorieren sollte. Hier ist dann kein bürokratisches Zaudern angebracht, sondern Ideenreichtum, den die Kommission auf anderen Feldern bisher durchaus gezeigt hat.

(13.1.1992/rs/fr)

Kreativität in die Jugendpolitik!

Zur Notwendigkeit, eine(n) Jugendbeauftragte(n) zu wählen

Von Dr. Edith Niehuie MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend

Seit über einem Jahrzehnt weist die Jugendforschung auf den Strukturwandel der Jugendphase hin, insbesondere auf die zunehmende Bedeutung jugendlicher Subkulturen. In der wissenschaftlichen Debatte über diesen sozialen Wandel spielen Begriffe wie Entstrukturierung und Individualisierung eine zentrale Rolle. Politik, aber auch Medien reagieren auf diesen Wandel eher hilflos als kompetent.

In den Medien überwiegen dramatisierende Berichterstattungen über sozial auffällige Jugendliche, und der Deutsche Bundestag reagierte Anfang der 80er Jahre mit einer Enquete-Kommission zum Thema 'Jugendprotest im demokratischen Staat' auf die neue Situation, deren jugendpolitische Langzeitwirkung allerdings ausblieb.

Man kann sich des Eindrucks schwer erwehren, daß Jugendpolitik sich eher, wenn überhaupt, auf das Beschreiben von Phänomenen beschränkt, als das zu tun, was Politik auszeichnen sollte, nämlich zu handeln. Erst jüngst stellte die Frauen- und Jugendministerin der Öffentlichkeit besorgt eine Untersuchung vor, die den stark zunehmenden Konsum gewaltverherrlichender Videos in Ostdeutschland hervorhob. Doch die politischen Schlußfolgerungen blieben aus.

So kann es nicht verwundern, daß zum Beispiel der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend im September letzten Jahres zum Thema 'Identitätsfindung von Jugendlichen in den neuen Bundesländern' seitens der Sachverständigen der geringe Stellenwert von Jugendpolitik und das Ausbleiben politischen Handelns beklagt wurde. Um die Jugendpolitik aus diesem Schattendasein herauszuholen, wurde die Einrichtung eines Ständigen Runden Tisches des Parlaments zu Jugendfragen vorgeschlagen.

Dieser Vorschlag zielt in eine richtige Richtung. In einer sich schnell wandelnden Gesellschaft unterliegen auch die kulturellen Bedingungen des Aufwachsens einem ähnlich schnellen Wandel. Eine Jugendpolitik, die auf die Themen der Zeit reagieren will, bedarf Instrumente, die ihr den aktuellen Zugang eröffnet und Kreativität und Innovation in die Politik einbringt. Von beidem ist die gegenwärtige Jugendpolitik weit entfernt. Denn nicht Kreativität und Innovation ist ihr Kennzeichen, sondern bürokratische Erstarrung. Am Parlament vorbei bewegt sich Jugendpolitik auf den ausgetretenen Bahnen des Bundesjugendplanes und erschöpft sich in routinemäßigen Kontakten zwischen Jugendverbänden und Beamten des Ministeriums.

Innovation ist aus diesen Kontakten nicht zu erwarten, insbesondere auch nicht, weil sie in einem finanziell abhängigen Verhältnis stattfinden, das durch das Werben der Jugendverbände um das Wohlwollen der Beamten strukturiert ist. Unter solchen Bedingungen ist Jugendpolitik mehr Jugendverwaltung. Das Bundesjugendkuratorium, das sich ebenfalls aus Vertretern, weniger Vertreterinnen, der Jugendverbände zusammensetzt und dem Ministerium als Beratungsgremium zur Seite steht, kann unter den gegebenen Bedingungen auch nicht als konstruktiv-kritisches Gremium gewertet werden.

Die einzige Möglichkeit, Innovation in die Jugendpolitik einzubringen, könnte in den Jugendberichten liegen, die die Bundesregierung dem Parlament in jeder Legislaturperiode vorzulegen hat. Doch gerade der letzte, der Achte Jugendbericht zeigt, welcher Stellenwert dieser Sachverständigenbericht für die aktuelle Politik hat. Obwohl bereits 1988 abgeschlossen, wurde er nicht für die Beratungen zum neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz oder zur Änderung des Jugendstrafrechts herangezogen, sondern erst drei Jahre später dem Deutschen Bundestag vorgelegt.

All dies zeigt, daß Jugendpolitik auf Bundesebene zu sehr ministerielles Verwaltungshandeln ist und sich der lebendigen politischen Diskussion entzieht. Aber nichts ist schädlicher für eine effektive Jugendpolitik als Erstarrung.

Allerdings gibt es eine Jugendgruppe, auf die der Deutsche Bundestag auch institutionell reagiert - auf die jungen Männer im wehrpflichtigen Alter durch die Position des Wehrbeauftragten. Als Pendant zum Wehrbeauftragten, der eine Parlamentsfunktion hat, arbeitet im Ministerium der Zivildienstbeauftragte. Mit dem Bericht des Wehrbeauftragten hat sich das Parlament jährlich auseinanderzusetzen.

Um jungen Menschen in ihrem ganzen Spektrum und in ihrer jeweiligen Aktualität politisch gerecht werden zu können, bedarf es einer Ergänzung der parlamentarischen Arbeit, die zugleich dem Gedanken des Runden Tisches Rechnung tragen kann.

Darum sollte das Parlament aus seiner Mitte, jeweils für die Legislaturperiode, eine(n) Jugendbeauftragte(n) wählen. Die oder der Jugendbeauftragte ist dem Parlament zugeordnet und unabhängig vom zuständigen Fachministerium. Als Initiator(in) des Runden Tisches, dem, thematisch bedingt, jeweils verschiedene Sachverständige und Betroffene angehören, kann vom Jugendbeauftragten das aufgegriffen und thematisiert werden, was der politischen Diskussion bedarf, und über ein Initiativrecht in die parlamentarische Arbeit eingebracht werden. Auf diese Weise könnte die Jugendpolitik die kreativen Impulse erhalten, die der Zielgruppe angemessen sind. Der jährlich vom Jugendbeauftragten vorzulegende Bericht ist im Parlament zu debattieren. Natürlich wird ein(e) Jugendbeauftragte(r) die Aufgabe nur ausfüllen können, wenn dieses Amt materiell dementsprechend ausgestattet ist.

Einer Politik, die immer wieder über die Politikverdrossenheit junger Menschen klagt, steht die Einrichtung eines Jugendbeauftragten gut zu Gesicht, nicht zuletzt, um so ein positives Signal zu setzen und bewußtseinsbildend zu wirken.

(-/13. Januar 1992/rs/fr)

Ohne Visionen in der Verkehrspolitik
**Zu den Bonner Darlegungen über die Entwicklung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-
Vorpommern**

Von Rainhold Hiller MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Dezidiert und konkret haben SPD-Bundestagsabgeordnete in 40 Einzelfragen nach der Zukunft in der Verkehrsentwicklung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gefragt. Die Bundesregierung aber hat mit ihren sehr kurzen und wenig substantiellen Antworten bewiesen, daß ihr die Chancen einer grundsätzlichen Neukonzeption in der Verkehrspolitik nicht bewußt sind. Sie hat nicht die Absicht, neue Wege zu beschreiten. Ein Umdenken in Richtung einer ökonomisch und ökologisch sinnvollen Verkehrsplanung ist nicht in Sicht.

So ist bei der Antwort auf die Frage nach der Steigerung der Attraktivität des Bahnverkehrs in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern kein Wort von modellhaften Konzepten für die Kundenbetreuungen und die Vernetzungen im Zubringerverkehr, die Erhöhung der Taktfrequenzen und der Pünktlichkeit, der strukturellen Bevorzugung der Schiene als die attraktivere Fortbewegung usw. Dies alles sind Alternativen, die jetzt bei der Grundsatzplanung für Mecklenburg-Vorpommern und damit auch für Schleswig-Holstein und Niedersachsen möglich und geboten wären.

Man kann aber schon froh sein, daß die Reichsbahn nach Auskunft der Bundesregierung bislang kein Verfahren nach dem Bundesbahngesetz eingeleitet hat, um den Betrieb einer Strecke einzustellen.

Auch in der Güterverkehrspolitik ist kein Umdenken der Bundesregierung zu erkennen. Statt die Grundlagen für ein Güterverkehrskonzept 'Lange Wege auf die Schiene und Zubringer auf die Straße' zu legen, hält sie an ihrem Vorrang der Straße fest. Auf die Frage nach den Planungen im Kombinierten Verkehr, zählt sie für Schleswig-Holstein die bestehende Struktur auf, von Ausbau keine Rede. Ihre einzige Planung bezieht sich auf das unvermeidliche, in Rostock plant sie ein Güterverkehrszentrum, dessen Kernstück ein Umschlagbahnhof des Kombinierten Verkehrs sein soll.

Das Planungschaos und die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung bei der Durchführung der 17 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit verzögert die Durchführung der für die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens unabdingbaren Infrastrukturmaßnahmen erheblich. Bei der A 20 geht die Bundesregierung davon aus, daß mit den Bauarbeiten im 4. Quartal 1992 begonnen wird. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Planungen bis Mitte des Jahres abgeschlossen sind. Auch eine fachgerechte Prüfung der Planungsunterlagen ist in der Zeit bis Ende des Jahres undenkbar.

Die Investitionsmaßnahmegesetze dürften noch Monate der Vorbereitung bedürfen. Die ordnungsgemäßen Prüfungen (kein Absegnen der Vorlagen) durch die einzelnen Abgeordneten und die Gremien des Bundestages dürften sich ohne eine entscheidende Aufstockung der personellen und materiellen Kapazitäten über viele Monate, wenn nicht wenigstens ein Jahr hinziehen.

Die Bundesregierung geht bei ihrer Planung davon aus, daß die durchgehende Fertigstellung der A 20 nicht vor dem Jahre 2000 zu erwarten ist. Sie rechnet also mit einer neunjährigen Bauzeit. Rechnet man nun die üblichen Fehleinschätzungen bei Bauzeiten für öffentliche Maßnahmen hoch, so kommt man mit einer realistischen Einschätzung der Planungszeiten auf einen Gesamtzeitraum von mindestens 15 Jahren für die Fertigstellung der A 20. Damit zeigt sich, daß die Kritik der SPD-Bundestagsfraktion an den Beschleunigungs- und Investitionsmaßnahmegesetzen berechtigt war: Keine wesentliche Beschleunigung, aber Einschränkungen zu Lasten der Umwelt und der Bürgerbeteiligung. Die Politik von Bundesminister Krause, durch Beschleunigungs- und Maßnahmegesetz zur effektiven Verkürzung der Planung und Baudurchführung zu kommen, ist gescheitert. Zwei Jahre sind aus politischer Rechthaberei nutzlos vertan worden.

Die Antworten der Bundesregierung beweisen einmal mehr, daß die SPD zur Zeit die einzige Partei mit einem durchdachten und zukunftsweisenden Verkehrskonzept ist. (-/13. Januar 1992/rs/fr)
